

V-11 Demokratie stärken durch Wissenschaftsfreiheit

Gremium: LAG Hochschulpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2025

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext1 Demokratie stärken durch Wissenschaftsfreiheit

2 Die Freiheit der Wissenschaft gerät in verschiedenen Regionen der Welt zunehmend
3 unter Druck. So blicken wir mit großer Sorge auf die aktuellen Entwicklungen in
4 den USA: Die Trump-Administration greift die Wissenschaft zum Zwecke eines
5 rechten Kulturkampfes in den USA, bisher eine der forschungstärksten Staaten
6 der Welt, gerade frontal an. Gezielte Budgetkürzungen und massenhafte
7 Entlassungen haben viele Forschungsbereiche bereits jetzt erheblich geschwächt.
8 Die Nationale Wissenschaftsstiftung (National Science Foundation, NSF) muss nun
9 alle Förderanträge nach verbotenen Wörtern durchsuchen. Dazu gehören Begriffe
10 wie Woman, Black, LGBT, Climate, Bias und Equality, während Begriffe wie White
11 und Man nicht auf der Liste stehen. Wird ein Begriff aus der Liste verbotener
12 Worte gefunden, muss manuell geprüft werden, ob ein Verstoß gegen Trumps Anti-
13 DEI-Richtlinie vorliegt. Die Förderung kann dann abgelehnt oder der Antrag so
14 geändert werden, dass der Begriff nicht mehr vorkommt. Die Forschung an Themen,
15 die vorrangig People of Color, Frauen oder marginalisierte Gruppen betreffen,
16 wird dadurch systematisch erschwert.

17 Der Angriff auf Wissenschaftsfreiheit ist dabei nicht zufällig: Wissenschaft ist
18 ein Wesenskern demokratischer und liberaler Gesellschaften. Unabhängige
19 Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind eine Voraussetzung für Freiheit.
20 Forschung und Wissenschaft ebnen den Weg zum Überwinden von Krisen, verbessern
21 Lebensbedingungen und steigern Innovation und Wirtschaftlichkeit.
22 Wissenschaftsfreiheit umfasst dabei die Freiheit von Forschung und Lehre sowie
23 des Lernens. Forschung und Lehre sollen ohne Abhängigkeit von Staat und Kirche
24 sowie Wirtschaft, aber auch ohne Bevormundung innerhalb der Wissenschaft
25 vonstattengehen. Sie ist das gemeinsame Wertefundament für
26 Forschungszusammenarbeit und internationale Kooperationen.

27 Auch in Deutschland ist in den letzten Jahren die Wissenschaftsfreiheit vermehrt
28 unter Druck geraten, wenn gleich nicht durch staatliche Verbote. Anfeindungen
29 durch Hassrede im Internet bis hin zu Morddrohungen, Genderverbote an
30 Hochschulen sowie die Diskreditierung von Forschungsbereichen wie u.a. die
31 Gender- oder Klimaforschung sind Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit in
32 Deutschland. Dahinter stecken auch in Deutschland antiliberalen Netzwerke, die
33 einen Kampf gegen freie Meinungsäußerungen und freie Forschung führen. Die
34 Vorgänge rund um die Fördermittel-Affäre des damals FDP-geführten BMBF haben
35 hierzulande zusätzlich das Vertrauen der Wissenschafts-Community in die Politik
36 strapaziert.

37 Es ist mehr als ein Grund zur Sorge, dass in den letzten Jahren die
38 Wissenschaftsfreiheit nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland laut dem
39 Academic Freedom Index (AFI) messbar abgenommen hat. In den vergangenen Jahren
40 rangierte Deutschland auf einem der vordersten Plätze. Jetzt ist es aus der

41 Spitzengruppe herausgefallen und landet auf Platz 27, hinter Ländern wie
42 Slowenien, Panama, Italien, Spanien und Österreich. Ganz vorn liegen Tschechien
43 und Estland.

44 Für uns ist klar: Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein,
45 Wissenschaftsfreiheit gegen die Einflussnahme antiliberaler Gruppierungen zu
46 schützen. Wissenschaftler*innen müssen auch in Zukunft frei von staatlicher
47 Repression, von Diskriminierung und Machtmissbrauch forschen und lehren können.
48 In diesem Zuge braucht es auch eine sichere Finanzierung von Forschung.

49 Science Diplomacy: Wissenschaft als Brückenbauerin in einer Welt im Umbruch

50 In einer Zeit zunehmender geopolitischer Spannungen und wachsender globaler
51 Herausforderungen wie Klimakrise, Pandemien oder Rohstoffsicherung ist Science
52 Diplomacy ein zentrales Instrument der deutschen Außen- und
53 Wissenschaftspolitik. Wissenschaft kennt keine Grenzen – und genau darin liegt
54 ihre besondere diplomatische Kraft. Sie ermöglicht Dialog, selbst dort, wo
55 klassische außenpolitische Kanäle versagen.

56 Gerade in Krisenzeiten zeigt sich die Bedeutung auswärtiger Kultur- und
57 Bildungspolitik. So leisten Mittlerorganisationen wie bspw. die Goethe-
58 Institute, der DAAD und die Alexander von Humboldt-Stiftung u.a. mit ihren
59 Programmen einen erheblichen Beitrag für den Schutz internationaler
60 Wissenschaftler*innen. Sie sichern Kommunikationskanäle auch in Länder, in denen
61 die Demokratie gefährdet ist. Deshalb braucht es auf Bundesebene eine
62 verlässliche Finanzierung und eine Dynamisierung der Mittel auch über die
63 nächsten Jahre hinaus.

64 Wissenschaftsfreiheit ist ein Standortvorteil. Es bietet sich die Chance,
65 internationale Wissenschaftler*innen für unseren Forschungs- und
66 Innovationsstandort zu gewinnen. Dafür müssen entsprechende Programme und
67 Kooperationen ausgebaut, unsere Wissenschaftsorganisationen gestärkt und
68 bürokratische Hürden – wie bei der Visa-Vergabe - abgebaut werden. Darüber
69 hinaus ist auch die Sicherung von Forschungsdaten und der wissenschaftliche
70 Zugang zu Datenbanken essentiell. Der Gefahr einer weiteren Einschränkung der
71 Wissenschaftsfreiheit in Deutschland muss entschieden entgegengetreten werden,
72 um den Vorsprung in Sachen Wissenschaftsfreiheit gegenüber anderen Ländern zu
73 sichern und auszubauen.

74 Eine breit angelegte Abwerbekampagne von Wissenschaftler*innen aus den USA ist
75 derzeit nicht zielführend. Vielmehr sollten bestehende Kontakte und
76 Kooperationen erhalten und gestärkt werden, um Wissenschaftler*innen bei ihren
77 demokratischen Initiativen zu unterstützen. Wir müssen anerkennen, dass die USA
78 nach wie vor führend in der Spitzenforschung sind und attraktive
79 Forschungsbedingungen bieten. Dies umfasst moderne Forschungsinfrastrukturen,
80 mehr Wagniskapital für Gründungen, verlässliche Karriereperspektiven, eine
81 höhere Bezahlung und eine große Akzeptanz von Dual-Career-Services, die es
82 Paaren ermöglichen, ihre Karrieren parallel zu verfolgen.

83 Spitzenforscher*innen aus den USA für unseren Forschungs- und
84 Innovationsstandort zu gewinnen, bietet eine enorme Chance. Dies darf aber nicht
85 zulasten heimischer Wissenschaftler*innen gehen und den ohnehin hochkompetitiven
86 Zugang zu Forschungsmitteln und -stellen sowie Karrierewege zusätzlich
87 verschärfen.

88 Für uns ist klar: Wissenschaft ist eine Brückenbauerin – dafür braucht sie
89 stabile Fundamente. Wir setzen uns ein für eine Stärkung internationaler
90 Wissenschaftskooperationen, den entschlossenen Abbau bürokratischer Hürden und
91 eine klare Absage an kurzfristige Abwerbekampagnen. Stattdessen setzen wir auf
92 starke Partnerschaften, gerechte Zugänge und echte Perspektiven – für heimische
93 wie internationale Forscher*innen gleichermaßen.

94 Wissenschaftsfreiheit braucht gute Beschäftigungsbedingungen

95 Wissenschaft lebt von Neugier, Kreativität und dem Mut, neue Wege zu gehen. Doch
96 echte Wissenschaftsfreiheit braucht mehr als nur Abwesenheit von Restriktion –
97 sie braucht verlässliche Strukturen, die Forscher*innen ermöglichen, unabhängig,
98 sicher und mit Perspektive arbeiten zu können. Deshalb ist die Verbesserung der
99 Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft eine zentrale Gerechtigkeitsfrage
100 und eine Voraussetzung für exzellente Forschung.

101 Der Alltag vieler Wissenschaftler*innen in Deutschland ist geprägt von
102 befristeten Verträgen, unsicheren Perspektiven und dem Druck, sich ständig neu
103 zu beweisen – oft zulasten von Kreativität, Diversität und Chancengleichheit.
104 Besonders junge Wissenschaftlerinnen, Menschen mit Care-Verantwortung oder aus
105 nicht-akademischen Familien trifft das aktuelle System hart. Wir setzen uns
106 dafür ein, dass wissenschaftliche Karrieren planbarer, sozial gerechter und
107 transparenter werden. Es braucht umfassende und strukturelle Reformen, die zu
108 einem echten Kulturwandel führen: Befristungen dürfen nicht mehr die Regel sein,
109 sondern müssen begründet und auf das wirklich Notwendige beschränkt werden.
110 Dauerstellen für Daueraufgaben sind ein Muss – gerade auch im Mittelbau.
111 Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen müssen durch
112 auskömmliche, verlässliche Finanzierung in die Lage versetzt werden, faire und
113 planbare Karrierewege zu bieten. Faire Bedingungen umfassen dabei sämtliche
114 Statusgruppen – auch Studierende.

115 Gelebte Wissenschaftsfreiheit bedeutet im weiteren Sinne auch, sich nicht
116 zwischen Familie und Beruf entscheiden zu müssen, sich nicht durch
117 Kettenbefristungen zermürben zu lassen und sich Forschungsthemen frei wählen zu
118 können – unabhängig von kurzfristigen Drittmittelvorgaben. Nur so entsteht Raum
119 für kritisches Denken, mutige Ideen und echte Innovation.

120 Ein Gradmesser für Wissenschaftsfreiheit ist auch, wie sicher sich Frauen und
121 marginalisierte Personen an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen in
122 Forschung, Lehre und Lernen fühlen. Die geplanten Änderungen der schwarzgrünen
123 Landesregierung am Hochschulgesetz sind eine wesentliche Maßnahme, um
124 strukturelle Barrieren für Frauen und marginalisierte Personen abzubauen und den
125 Schutz vor Diskriminierung, Machtmissbrauch und sexueller Gewalt an Hochschulen
126 zu stärken. Indem Hochschulen zu sicheren Orten des freien und Lernens, Lehrens
127 und Forschens gemacht werden, wird sichergestellt, dass alle Menschen,
128 unabhängig von Geschlecht, Religion, Herkunft oder Behinderung, sich sicherer
129 fühlen, ihre wissenschaftlichen Interessen zu verfolgen. Es braucht gezielte
130 Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene, die zur Förderung von Vielfalt, Inklusion
131 und Familienfreundlichkeit beitragen, und Diversität an Hochschulen aktiv
132 berücksichtigen und einbeziehen. Beispielsweise durch die geplante Anpassung von
133 Semesterzeiten und Urlaubsregeln, oder die weitergehende Unterstützung von
134 Studierenden mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. So wird ein Umfeld
135 geschaffen, in dem sich alle Personen wissenschaftlich frei entfalten können.

136 Für uns ist klar: Wir wollen eine Wissenschaft, die Menschen nicht ausbrennt,
137 sondern inspiriert. Eine Wissenschaft, die Vielfalt fördert, statt
138 auszusortieren. Und eine Wissenschaftspolitik, die den Menschen in den
139 Mittelpunkt stellt – als Basis für ein demokratisches, zukunftsfähiges und
140 gerechtes Wissenschaftssystem. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für
141 den Schutz vor Machtmissbrauch und Diskriminierung an unseren Hochschulen ein.

142 Eine vielfältige Gesellschaft als Grundlage unseres Wissenschaftsstandorts

143 Dass gerade von Union und SPD die Forderung hochgehalten wird, im großen Stile
144 US-Forscher*innen anzuwerben, ist paradox. Denn auch auf Deutschland schauen
145 internationale Studierende und Wissenschaftler*innen mit zunehmender Sorge: Ein
146 Diskurs, wie ihn Union und SPD betreiben, der Abschiebungen im großen Stil
147 fordert, Menschen an der Grenze zurückzuweisen und den dauerhaften Aufenthalt
148 erschweren will, dabei gleichzeitig Errungenschaften einer offenen und
149 toleranten Gesellschaft wie das Selbstbestimmungsgesetz, Demokratieförderung
150 oder den Schutz vor Diskriminierung zurückdrehen will, macht Deutschland
151 unattraktiv für hochausgebildete Personen aus dem Ausland. Wo offener Rassismus
152 zum Alltag gehört, können sich auch internationale Studierende und
153 Wissenschaftler*innen nicht sicher fühlen. Der Umgang mit denjenigen, die am
154 meisten von Diskriminierung betroffen sind, ist ein Gradmesser für die Offenheit
155 einer Gesellschaft wie auch für die Gewährleistung der Wissenschaftsfreiheit.

156 Für uns ist klar: Wir gestalten eine demokratische und offene Gesellschaft -
157 auch in der Wissenschaft. Wir bieten Teilhabe und Selbstbestimmung und damit
158 einen attraktiven Standort für Forscher*innen aus aller Welt.

Begründung

Wir sehen am Beispiel der USA, wie schnell die Wissenschaftsfreiheit auch in Demokratien unter Druck geraten kann. Vor dem Hintergrund immer stärker werdender Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit, welche auch national zunehmen, möchten wir ihren Schutz stärker in den Fokus rücken, um sie als hohes Gut unserer Gesellschaft zu stärken.